



StudentInnenschaft der Universität Bern (SUB)

Vorstand

Lerchenweg 32

CH-3000 Bern 9

Tel. 031 631 54 11

Mail vorstand@sub.unibe.ch

SUB warnt vor undurchdachten Forderungen zur Hochschulpolitik

Bern, 21. August 2015 **Die SVP hat diese Woche verschiedene Forderungen zum Hochschulwesen gestellt. Diese sind nicht durchgedacht und ungerecht. Besonders die geforderte Erhöhung der Studiengebühren für geisteswissenschaftliche Fächer zusammen mit einem Numerus Clausus kritisiert die SUB scharf.**

Diese Woche kündigten Berner SVP-Politiker an, eine Motion zum Bildungsbereich einzureichen. Darin fordern sie eine Bestrafung von Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften, u. A. durch höhere Studiengebühren, einen Numerus Clausus und den vollständigen Ersatz von Stipendien durch Darlehen. Die SUB verurteilt diese Pläne.

„Jedes Studienfach sollte für alle fähigen und leistungsbereiten Personen zugänglich sein, unabhängig von den finanziellen Mitteln“ so Julian Sonderegger, Vorstand der StudentInnenschaft der Universität Bern, zuständig für das Ressort kantonale Hochschulpolitik.

Besonders die geforderten höheren Studiengebühren und der Ersatz von Stipendien durch Darlehen benachteiligen Studierende aus ärmeren Familien. Wahlfreiheit sollte aber nicht ein Privileg derjenigen sein, die es sich leisten können. Wirklicher Handlungsbedarf besteht aus Sicht der SUB vielmehr bei der Vereinbarkeit von Studium und Nebenerwerb. Das bernische Stipendienwesen bestraft noch immer arbeitende Studierende.

Zwar unterstützt die SUB, dass man Berufsbildung und naturwissenschaftlichen Fächer fördert, jedoch sollte dies nicht dadurch geschehen, dass man andere Fächer abwertet oder schwieriger zugänglich macht, sei es finanziell oder durch Zulassungsprüfungen. Nötig ist vielmehr Information und eine positive Attraktivitätssteigerung.

Auch wirtschaftlich sind die Vorschläge nicht begründbar. So zeigen alle statistischen Zahlen, dass die Arbeitslosigkeit von Geistes- und NaturwissenschaftlerInnen ähnlich tief ist. „Der Vorstoss scheint mehr durch Vorurteile als durch Fakten motiviert“, so Sonderegger.

Die SUB setzt sich für ein offenes und faires Bildungssystem ein und hofft, dass der grosse Rat die geplante Motion der SVP ablehnen wird.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

- Julian Sonderegger, Vorstandsmitglied SUB, Ressort Kantonale und Universitäre Hochschulpolitik, [REDACTED]
- Julian Marbach, Vorstandsmitglied SUB, Ressort Nationale Hochschulpolitik und Rechtliches, [REDACTED]